

# **Frauenorganisation als Grundlage für einen nachhaltigen und gerechten Frieden**

**Die internationale Delegation für Frieden und Freiheit**



## Was passiert in Kurdistan?

Am 24. April 2021 begann der türkische Staat eine neue, weitreichende Militäroperation in Südkurdistan (Nordirak) in den Regionen Metina, Zap und Avaşin (Avashin). Es ist kein Zufall, dass diese jüngste Invasion am Jahrestag des Völkermordes an den Armenier\_innen, dem 24. April, begann. Dieser andauernde Angriff ist damit eindeutig als offene Androhung eines Völkermordes gedacht. Es kommt zu schweren Kämpfen in diesen Regionen, wobei die kurdischen Guerillakräfte heftigen Widerstand gegen die Invasion leisten. Dort, wo die türkische Armee mit ihrer hochgerüsteten NATO-Armee nicht weiterkommt, scheut sie nicht davor zurück, verbotene Chemiewaffen einzusetzen. Diese groß angelegten Angriffe richten sich nicht nur gegen die Guerillakräfte der HPG (Volksverteidigungskräfte) und YJA Star (Freie Fraueneinheiten), sondern sind Teil der Bemühungen die militärische Besatzung in Südkurdistan auszuweiten. Die Türkei hat bereits mehrere Regionen in Nord- und Ostsyrien völkerrechtswidrig erobert und besetzt, darunter Afrin im Jahr 2018, Tel Abyad (Girê Spî) und Serêkaniyê im Jahr 2019. In der Region Kurdistan im Irak hat die Türkei 47 Militärposten und mehrere Geheimdienststützpunkte errichtet.

Im letzten Jahr hat der türkische Staat seine militärische Aggression intensiviert und seine Besatzungszonen in der Region ausgeweitet. Neben anhaltenden Gewaltkampagnen innerhalb der türkischen Grenzen gegen Nordkurdistan sind die primären Ziele der türkischen Militäraggression im Ausland die kurdisch besiedelten Grenzgebiete in Nord- und Ostsyrien und Südkurdistan (Nordirak). Der türkische Staat steht öffentlich dazu, alle Gebiete, die zur ehemaligen osmanischen Provinz Mosul im heutigen Irak gehörten, erobern zu wollen. Die Strategie einen Neo-Osmanismus zu etablieren hat auch die Intervention des türkischen Staates - militärisch, politisch, diplomatisch und anderweitig - in unter anderem Syrien, Libyen und Armenien vorangetrieben. Gegenwärtig ist die Türkei in mehr als 20 Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas aktiv. Dabei konzentriert sich der Staat und das Militär jedoch vor allem auf den Angriff und die Besatzung Kurdistans und Gewalttaten gegen die Zivilbevölkerung in den kurdischen Gebieten der Türkei, des Irak und Syriens. Der türkische Staat sieht seine Zukunft durch einen umfassenden Krieg gegen das kurdische Volk definiert.

Innenpolitisch haben der türkische Staat und die regierende AKP-MHP-Koalition den Übergang des Landes in den Autoritarismus beschleunigt. Dabei genießt der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan unkontrollierte totalitäre Macht und hat die vollständige Kontrolle über alle exekutiven, legislativen und judikativen Institutionen des Landes. Die Verfassung ist faktisch außer Kraft gesetzt - die Türkei wird per Dekret regiert. Wirtschaftlich steuert das Land auf den Bankrott zu, die Bürger\_innen müssen dafür kämpfen, sich grundlegende Güter und Dienstleistungen leisten zu können. Während sich die Anhänger\_innen der AKP bereichern, verarmt die Bevölkerung und die Zahl der Selbstmorde aus wirtschaftlichen Gründen steigt.<sup>1</sup> Jede tatsächliche oder vermeintliche Äußerung von Dissens führt zur Inhaftierung. Insbesondere Kurd\_innen werden unter Druck gesetzt, sich der strukturellen und polizeilich-militärischen Gewalt zu beugen. Die aktuellen Enthüllungen Sedat Pekers bestätigen einmal mehr, was Vertreter\_innen der kurdischen Gesellschaft schon lange offengelegt haben: die tiefen Beziehungen zwischen dem türkischen Staat und den Netzwerken der organisierten Kriminalität. Dazu gehört auch, dass AKP-Führungskräfte Frauen vergewaltigen und töten konnten, ohne dass sie jemals strafrechtlich dafür belangt wurden.

---

<sup>1</sup> <https://www.dw.com/de/t%C3%BCrkei-selbstmord-als-letzter-ausweg/a-51298938>

## Die Auswirkungen des Kriegskonzepts auf Frauen in Kurdistan

Dieses auf Unterwerfung und Assimilation ausgelegte Kriegskonzept hat besondere Auswirkungen auf Frauen. Frauen stellen nicht nur aufgrund von frauenfeindlichen Strukturen eine marginalisierte Gruppe dar, deren Situation durch Krieg, Vertreibung, Verfolgung und Flucht noch weiter verschärft

wird. Insbesondere kurdische Frauen werden aufgrund ihrer starken Organisation und maßgeblichen Rolle im Aufbau einer basisdemokratischen, geschlechterbefreiten und ökologischen Gesellschaft von der türkischen Regierung verfolgt. Kurdische Frauen werden Opfer von gezielten politischen Morden, von Hinrichtungen durch unbemannte Drohnen. Sie werden zu Tausenden als politische Gefangene festgehalten, gefoltert und sind von Vergewaltigung als Kriegsmittel der türkischen Armee und Sicherheitskräfte betroffen. Darüber hinaus hat die von Erdogan angestrebte Rückwendung zu traditionellen Familienbildern auch Auswirkungen auf die Entwicklungs- und Emanzipati-



onsmöglichkeiten von Frauen in der Gesellschaft. Seit die AKP in der Türkei an der Macht ist, ist ein enormer Anstieg der Gewaltfälle und Tötungen von Frauen (Feminizid) dokumentiert worden. All diese Aspekte zusammen betrachtet ergeben eine feminizidale Politik.<sup>2</sup>

Der Ausstieg aus der Istanbulkonvention, die sodann durch eine traditionell islamische, nationalistische Familienvorstellung entsprechende „Ankara-Konvention“ ersetzt werden soll, ist ein treffendes Beispiel dafür, wie sich die Situation der Frauen in der Türkei in den letzten Jahren zugespitzt hat: Im Jahr 2021 kann ein einzelner Mann, Staatspräsident Erdogan, per Dekret über alle Köpfe von Frauen hinweg beschließen, aus der Istanbulkonvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen auszutreten.

---

<sup>2</sup> Mehr Informationen dazu im Dossier von REPAK (Kurdish Women's Relations Office): AKP's Krieg gegen Frauen. Ein Dossier über die frauen(feindliche) Politik der AKP-Regierung in der Türkei (Juli 2020)

## Die Beteiligung der Bundesregierung und der internationalen Staatengemeinschaft

Der türkische Staat ist nicht in der Lage seinen Krieg gegen die Kurd\_innen allein zu führen. Vor allem nach der Niederlage des türkischen Militärs im südkurdischen Garê gegen die PKK-Guerillakräfte im Februar stehen Erdogan und das AKP-MHP-Regime innenpolitisch unter Druck. Vor den Angriffen auf Garê hatte Erdogan der Türkei einen großen Erfolg versprochen, zweifelsohne um die Bevölkerung von verschiedenen laufenden innenpolitischen Krisen abzulenken. Allerdings endeten die Angriffe auf Garê in einer demütigenden Niederlage für ihn und seine Armee. So war es die türkische Armee selbst, die bei einem Einsatz von Giftgas 13 inhaftierte türkische Soldaten ermordete. Nachdem der Angriff des türkischen Militärs auf Garê vereitelt wurde, zeigte Erdogan eine neue Offenheit für Kompromisse in der Außenpolitik. Staaten, die von Erdogan und seinen Anhänger\_innen zuvor beleidigt wurden, wurden wieder als Verbündete behandelt. Der Dialog mit Ägypten, das lange als erbitterter Feind galt, wurde wieder aufgenommen. Gegenüber der neuen US-Regierung wurden Zugeständnisse bezüglich des russischen Raketensystems S-400 gemacht. Selbst Staaten, die sich im Mittelmeerkonflikt gegen die türkische Aggression stellten, darunter Frankreich und Griechenland, wurden vom türkischen Staat plötzlich respektvoll behandelt.

Erdogans Hauptanliegen ist die Selbsterhaltung. Auch viele seiner Verbündeten sind ebenfalls tief besorgt um das Überleben seines Regimes. Darin liegt auch der Grund, für das Schweigen der USA sowie der NATO, wenn die Türkei das Völkerrecht verletzt und weitere Konflikte in der Region provoziert. Außerdem ist es kein Zufall, dass der jüngste türkische Vernichtungsfeldzug einen Tag nach dem Gespräch von US-Präsident Biden mit Erdogan am 23. April begann. Während die USA die führende Kraft in der NATO sind, verfügt die Türkei über die zweitgrößte Armee der Allianz. Erdogan ist sich sicher, dass er durch eine Politik, die sich zwischen den USA und Russland, den beiden einflussreichsten globalen Mächten, die in der Region aktiv sind, bewegt, entscheidenden Rückhalt für seine Besatzungspolitik gewinnen kann.

Die Türkei bleibt wegen ihrer geostrategischen Bedeutung für die Expansion der NATO im Nahen Osten wichtig. Die NATO und ihre Mitgliedsstaaten sehen einen großen Wert darin, ein geographisches Standbein und eine Operationsbasis im Nahen Osten zu haben. Die von der Türkei besetzten Gebiete im Nahen Osten und in Nordafrika können auch als NATO-Zonen gesehen werden, da die Türkei der einzige NATO-Mitgliedstaat in der Region ist, der einen großen militärischen und breiten operativen Einflussbereich unterhält. Dass bei den Gesprächen zwischen Biden und Erdogan am Rande des NATO-Gipfels in Brüssel auch die Entsendung türkischer Soldaten nach Afghanistan ein Thema war, offenbart einmal mehr die Rolle der Türkei für die NATO.

Die Bundesregierung ist eine der größten Unterstützerinnen für Erdogans Expansionspolitik. Während sie die Augen vor den Menschenrechtsverbrechen und Kriegsverbrechen verschließt, unterstützt sie die völkerrechtswidrigen Angriffskriege noch immer mit Waffenexporten von fast 23 Millionen Euro (2020).<sup>3</sup> Auch bei der Unterdrückung der kurdischen Opposition in Deutschland leistet die Bundesregierung Unterstützung. Immer häufiger sind kurdische Exilpolitiker\_innen, Künstler\_innen, Journalist\_innen und Aktivist\_innen in Deutschland Repressionen ausgesetzt und/oder werden in die Türkei abgeschoben, obwohl ihnen dort politische Verfolgung und Folter drohen. Die Organisation der kurdischen Gesellschaft in der Diaspora wird durch eine Kriminalisierungs- und Verleumdungspolitik aktiv unterdrückt.

---

3 <https://www.tagesschau.de/inland/ruestungsexporte-deutschland-tuerkei-101.html>

## Für einen nachhaltigen und gerechten Frieden – Mitglieder von Cenî bei der internationalen Delegation für Frieden und Freiheit

Um einen sofortigen Stopp der türkischen Angriffe auf Südkurdistan und einen Abzug aller türkischen Truppen und islamistischen Söldner zu erreichen wurde am 14. Juni 2021 die internationale Initiative «DEFEND KURDISTAN gegen die türkische Besatzung!» ausgerufen.<sup>4</sup> Im Rahmen der Initiative wollten ursprünglich fast 150 Politiker\_innen, Menschenrechtler\_innen, Journalist\_innen, Akademiker\_innen, Parlamentsabgeordnete, politische Aktivist\_innen, Ökolog\_innen und Feminist\_innen aus ganz Europa in Erbil (Südkurdistan) vor der UN-Vertretung zusammenkommen, um eine Deklaration für Frieden und Freiheit abzugeben.



Die Friedensdelegation hat das Ziel die aktuellen militärischen Auseinandersetzungen und damit verbundenen Verbrechen zu dokumentieren, mit Akteur\_innen aus Zivilgesellschaft und Politik zu sprechen und den innerkurdischen Zusammenhalt zu fördern. Die zeitgleich mit dem NATO-Gipfel stattfindende Deklaration soll einen alternativen Weg für einen nachhaltigen und gerechten Frieden im Mittleren Osten durch die Gesellschaften von unten, der Widerstand leistenden und Leben schützenden Kräfte aufzeigen.

Wie in der am 31. Oktober 2000 verabschiedeten UN-Resolution 1325 „Frauen, Frieden und Sicherheit“ festgestellt wurde, ist die Beteiligung von Frauen an Friedensprozessen unerlässlich und ein entscheidender Garant für einen nachhaltigen und gerechten Frieden. Frauen in ihrer Selbstorganisation zu stärken und damit patriarchale Strukturen abzubauen trägt grundlegend zur Beilegung von Konflikten und einem friedvollen Zusammenleben bei.

Wir sehen es als eine unserer Aufgaben, Solidarität unter Frauen und die Selbstorganisation von Frauen zu fördern und insbesondere Frauen in Konflikten eine Stimme zu geben. In einer Situation, in der Staatsoberhäupter nur noch an ihren eigenen Machterhalt und Selbstbereicherung denken, in der internationale Gremien zur Einhaltung von Menschenrechten aufgrund von machtpolitischen Interessen handlungsunfähig sind und sich höchstens mit Lippenbekenntnissen an Friedensbemühungen beteiligen, ist es die Aufgabe zivilgesellschaftlicher Kräfte einzuschreiten und zu handeln. Deshalb beteiligen sich auch Mitglieder von Cenî an der Friedensdelegation und berichten von der aktuellen Situation vor Ort. Sie möchten damit ihrer „Verantwortung als Feministin [nachkommen] die Frauen und Menschen vor Ort zu unterstützen und gemeinsam einzustehen gegen den Krieg und für ein friedliches Kurdistan“ und „als deutsche Staatsbürgerin aus einem Land, welches durch Waffenexporte immens viel an diesem Krieg hier verdient, dafür (...)sorgen, dass die Menschenrechtsverletzungen in Kurdistan endlich aufhören.“

<sup>4</sup> <https://defend-kurdistan.com/>

Sie sehen die Delegation „als Chance das Schweigen der internationalen Gemeinschaft über diesen Krieg endlich zu brechen.“ [[https://twitter.com/ceni\\_v/status/1404490116370939907](https://twitter.com/ceni_v/status/1404490116370939907) ] Auf dem twitter-account @ceni\_v wurden und werden die starken Stimmen von Frauen für den Frieden veröffentlicht, um sie einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Wie gefährlich die im Mittleren Osten aktiven Hegemonialmächte und ihre Kollaborateure diese zivilgesellschaftliche Friedensinitiative erachten, zeigte sich an der massiven Repression im Vorfeld.

Ca. 40 Mitglieder der Friedensdelegation wurden in Erbil oder Doha an der Einreise gehindert. Ca. 20 wurden bereits in ihren Herkunftsstaaten an der Ausreise gehindert. Dennoch konnten ca. 80 Mitglieder der Friedensdelegation am 14. Juni in Erbil zusammenkommen. Die Delegation wurde allerdings daran gehindert, ihre Erklärung vor der UN-Vertretung zu verlesen und in einem Hotel von PDK-Sicherheitskräften festgehalten.



## Forderungen

Eine derartige Behinderung von zivilgesellschaftlichen Bemühungen für Frieden und Gerechtigkeit ist nicht hinnehmbar und zeigt, wie sehr die internationale Staatengemeinschaft Krieg und Zerstörung, Menschenrechtsverbrechen und die Verletzung von Frauenrechten brauchen, um ihre Macht zu erhalten und ihre Interessen durchzusetzen. Dennoch werden wir an unserer Überzeugung festhalten, dass die Selbstorganisation von Frauen die Grundlage für einen nachhaltigen und gerechten Frieden ist und alle notwendigen Schritte dafür unternehmen, sie weiter zu stärken.

- Wir fordern die Bundesregierung auf, nicht länger Menschenrechte und Frauenrechte für ökonomische und geostrategische Interessen zu opfern und sich für einen Dialog statt militärische Mittel einzusetzen.
- Wir fordern die Einstellung aller Beziehungen mit Erdogan und seinem diktatorischen Regime und die Einleitung eines Strafverfahrens wegen Verletzung internationalen Rechts und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Bundesregierung muss ihre Komplizenschaft und Beihilfe zum Genozid am kurdischen Volk sofort einstellen.
- Wir fordern, dass die Bundesregierung aufhört politische und zivilgesellschaftliche Bemühungen für Frieden und Dialog zu behindern.
- Wir fordern die Unterstützung der kurdischen Frauenorganisationen, die Garantinnen für einen nachhaltigen und gerechten Frieden sind.
- Wir rufen alle Frauenorganisationen dazu auf, sich über die Friedensdelegation und die aktuelle Situation zu informieren und all ihre Möglichkeiten zu nutzen, um einen Dialog möglich zu machen und eine nicht-militärische Lösung herbeizuführen. Wir sollten gemeinsam mit kurdischen Frauen die Pläne der AKP-MHP Regierung und damit die dauerhafte Unterdrückung von Frauen verhindern.

## **Anhang: Internationale Initiative DEFEND KURDISTAN - gegen die türkische Besatzung**

Wir – fast 150 Politiker\*innen, Menschenrechtler\*innen, Journalist\*innen, Akademiker\*innen, Parlamentsabgeordnete, politische Aktivist\*innen, Ökolog\*innen und Feminist\*innen aus ganz Europa – verfolgen seit dem 23. April 2021 aufmerksam die gefährlichen Entwicklungen, die aus den Angriffen der Türkei auf Südkurdistan (Kurdistan Region Irak, KRI) resultieren. Infolgedessen haben wir uns heute in Hewlêr (Erbil) versammelt und beschlossen, dass wir unsere Stimme erheben müssen.

Daher möchten wir mit dieser vereinten Stimme der moralischen Klarheit die andauernde Besatzung Südkurdistans durch das türkische Militär unmissverständlich verurteilen und stellen uns solidarisch an die Seite der Gesellschaft in Südkurdistan und der kurdischen Widerstandskräfte bei der Bewahrung ihrer Heimat.

Im April hat der türkische Staat eine neue, weitreichende Militärkampagne in Südkurdistan in den Regionen Metîna, Zap und Avaşîn begonnen. In diesen Regionen finden weiterhin schwere Kämpfe statt, die kurdischen Guerillakräfte wehren sich mit aller Kraft gegen die völkerrechtswidrige Invasion. Die groß angelegten Angriffe richten sich aber nicht nur gegen die Guerilla, sondern auch gegen die Errungenschaften der kurdischen Gesellschaft – mit dem Ziel, Südkurdistan zu besetzen. Bis heute ist die Reaktion auf diese Angriffe auf internationaler Ebene leider sehr verhalten ausgefallen. Das türkische Regime hat dieses Schweigen genutzt und damit begonnen den Plan in die Tat umzusetzen, sie haben das Ziel neben Südkurdistan auch ganz Rojava beziehungsweise die Autonomiegebiete in Nord- und Ostsyrien zu besetzen.

Die Türkei ist entschlossen, dieses riesige Gebiet – welches sich über 1400 Kilometer Grenzlänge erstreckt – von Nordwestsyrien bis zur irakisch-iranischen Grenze einer ethnischen Säuberung zu unterziehen. Gleichzeitig führt die Türkei einen Drohnenkrieg gegen das Flüchtlingslager Mexmûr (Machmur) – ein schwerwiegender Verstoß gegen das Völkerrecht. Im Zusammenhang mit dieser Politik der ethnischen Säuberung hofft das türkische Militär auch, die Şengal-Region (Sindschar), die Heimat der Jesid\*innen, zu entvölkern – und damit zu erreichen, was der sogenannte IS nicht geschafft hat.

Seit Sommer 2012 arbeiten die Kurd\*innen Rojawas und Nordostsyriens Hand in Hand mit den lokalen Gemeinschaften der Araber\*innen, Assyrer\*innen, Turkmen\*innen und Armenier\*innen. Sie haben gemeinsam eine Revolution angeführt, die eine autonome Verwaltung etabliert hat, welche demokratisch ist und Frauen stärkt. Als Antwort darauf hat die Türkei dschihadistische Söldner eingesetzt, um Gebiete in Rojava, einschließlich Efrîn, Azaz, Dscharablus, Serêkaniyê (Ras al-Ain) und Girê Spî (Tall Abyad), direkt anzugreifen – in der Hoffnung, die Errungenschaften dieser von Frauen geführten Strukturen zu besetzen und zu zerstören. Während der noch andauernden Besatzung hat die Türkei demographische Veränderungen, systematische Vergewaltigungen und die Versklavung von Frauen herbeigeführt und Vertreibungen der kurdischen Bevölkerung sowie anderer ethnischer Gruppen verursacht, als Teil ihrer Strategie, diese Gebiete zu türkisieren und letztendlich zu annektieren.

Und die Probleme liegen nicht nur im Ausland. Tatsächlich zeigt sich das jüngste Beispiel für Erdoğan's unerbittliche Feindseligkeit gegenüber den politischen und sozialen Errungenschaften der Kurd\*innen



in der Türkei selbst, nämlich in seinem Versuch, die Demokratische Partei der Völker (HDP) zu zerschlagen. Dies ist der jüngste Schritt in einer jahrelangen Kampagne gegen die HDP – ein fortschrittliches Bündnis aus kurdischen, türkischen und vielen anderen demokratischen Parteien, Organisationen und Einzelpersonen – die zur Inhaftierung von über zehntausend HDP-Mitgliedern geführt hat.

Leider haben die Autonomieregierung der KRI und die irakische Zentralregierung wenig getan, um den Besatzungsversuch der Türkei zu stoppen. Es ist für uns besonders enttäuschend zu sehen, dass sogar Funktionäre der Demokratischen Partei Kurdistans (KDP) versuchen, die türkische Besatzung zu legitimieren. Wie groß auch immer der wirtschaftliche Druck durch Ankara sein mag, die KDP darf sich nicht zu einer Stellvertreterin der Türkei machen lassen, da die Folgen dieses Krieges für ganz Kurdistan und die Region gravierend sein können.

Die Welt muss erkennen, dass die Türkei versucht, einen Genozid an der kurdischen Bevölkerung zu verüben. Und es ist allein die kurdische Widerstandsbewegung, welche die vollständige Besatzung Kurdistans und die Auslöschung der politischen Rechte der Kurd\*innen verhindert. Der gegenwärtige bewaffnete Widerstand in Zap, Avaşîn und Metîna hat Kurdistan zu einer Hochburg der Gegenwehr gemacht – nicht nur für die Kurd\*innen, sondern für alle Menschen in der weiteren Region, die vom neo-osmanischen Expansionismus des türkischen Staates bedroht sind. Hinsichtlich ebendieses Zwecks macht der türkische Präsident Erdoğan keinen Hehl aus seinem Ehrgeiz, den verlorenen Ruhm des Osmanischen Reiches durch die Eroberung dessen ehemaligen Territoriums wiederherzustellen.

So hat sich Erdoğan parallel zu den türkischen Militärkampagnen gegen die Kurd\*innen in Syrien, der Türkei und dem Irak in verschiedene Konfliktgebiete eingemischt, darunter Libyen, Arzach (Bergkarabach), Jemen, Niger, Nigeria, Tschad, Sudan, Somalia und Libanon. Damit verbunden sind seine Drohungen gegen viele weitere Nationen, wie etwa Griechenland, Zypern, Armenien, Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate und Frankreich.

Wir müssen auch erkennen, dass Erdoğan's Regime eine lange Liste der Finanzierung, Bewaffnung, und Unterstützung des IS und verschiedener anderer, ähnlich gewalttätiger dschihadistischer Gruppierungen zu verbuchen hat und diese sowohl offiziell als auch inoffiziell als Stellvertreterkräfte nutzt, um die Reichweite des türkischen Staates im Ausland zu erhöhen. Während des jüngsten Konflikts in Arzach, an dem Armenien, Aserbaidshan und die Türkei beteiligt waren, schickte Erdoğan hunderte von dschihadistischen Söldnern aus Syrien, um Aserbaidshan zu unterstützen. Diese Söldner wurden auch nach Libyen entsandt, um an dem langwierigen Konflikt des Landes teilzunehmen. Durch diese Aktionen verletzt die Türkei die Souveränität anderer Länder und verbreitet ihren Söldnerterrorismus auf der ganzen Welt.

Erdoğan ist sich der einzigartigen geopolitischen Lage der Türkei bewusst und nutzt sie zu seinem Vorteil aus. Er weiß, dass sein Militär, das zweitgrößte in der NATO, eine gewaltige Macht und ein Bollwerk für den „Westen“ darstellt. So setzt sich der türkische Staat unter seiner Herrschaft weiterhin offen und systematisch über das Völkerrecht hinweg und verletzt Menschenrechtskonventionen. Die Türkei verletzt kontinuierlich die Souveränität vieler Länder. Währenddessen reagieren die NATO, die Vereinten Nationen, die Europäische Union und der Europarat mit ohrenbetäubendem Schweigen. Doch die internationale Gemeinschaft muss sich von Moral leiten lassen, nicht von Geostrategie. Und ihr Versagen, Erdoğan's Autoritarismus und Kriegsverbrechen herauszufordern, gibt ihm quasi die Erlaubnis, seine militärische Aggression fortzusetzen. Das wiederum macht sie zu mitverantwortlichen Konspirant\*innen Erdoğan's anhaltender Zerstörung.

Wir verkünden daher die internationale Initiative «DEFEND KURDISTAN gegen die türkische Besatzung!»

Um einen sofortigen Stopp der türkischen Angriffe auf Südkurdistan und einen Abzug aller türkischen Truppen und islamistischen Söldner zu erreichen, fordern wir folgendes:

- Stoppt die türkische Besatzung, den demographischen Wandel, die Instabilität und die Kampagne zur ethnischen Säuberung in Südkurdistan.
- Stoppt die Zerstörung und Ausbeutung der Natur Kurdistans.
- Keine Komplizenschaft der internationalen und regionalen Mächte beim kurdischen Genozid.
- Unterstützung aller kurdischen Parteien, Institutionen und der Gesellschaft für den Widerstand der Guerilla und ihre geschlossene Haltung gegen die türkische Besatzung.
- Nein zu Erdoğan's neo-osmanischem Expansionsprojekt im gesamten Mittleren Osten und östlichen Mittelmeerraum.



## Weiterführende Artikel & Informationen

- <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Linken-Fraktionschefin-Oezdemir-an-Ausreise-gehindert,oezdemir278.html>
- <https://anfdeutsch.com/aktuelles/cansu-Ozdemir-diese-massnahme-war-ganz-klar-rechtswidrig-26726>
- <https://www.sueddeutsche.de/politik/konflikte-erbil-friedensdelegation-sitzt-in-hotel-im-nordirak-fest-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210614-99-986635!amp>
- <https://defend-kurdistan.com/>
- <https://anfdeutsch.com/>

Stand: 15. Juni 2021

CENÎ  
Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.  
Kurdish Women´s Office for Peace  
Buroya A

c/o Migrationsrat Berlin  
Oranienstr. 159  
10969 Berlin  
Germany

E-mail: [ceni\\_frauen@gmx.de](mailto:ceni_frauen@gmx.de)  
[www.ceni-kurdistan.com](http://www.ceni-kurdistan.com)  
twitter: @ceni\_v

Bankverbidnung:  
Stadtsparkasse Düsseldorf  
IBAN DE14 3005 0110 1004 4397 15

BIC DUSSEDDXXX

